Beiträge der internationalen Konferenz

Die Lösung der kurdischen Frage im zukünftigen Syrien

Civaka Azad Infoblätter

Ausgabe 4 / April 2013



Editorial

Am 17. April 2013 waren wir gemeinsam mit dem Dialog-Kreis und Robert Schaddach (MdA, SPD) Mitveranstalter einer internationalen Konferenz im Berliner Abgeordnetenhaus mit dem Titel „Die Lösung der kurdischen Frage im zukünftigen Syrien – Ein Beitrag für Dialog, Demokratie und Frieden".

In dieser Ausgabe präsentiert das Redaktionsteam der Civaka Azad Infoblätter die Dokumentation der Redebeiträge der Konferenz, sowie die Ergebnisse und Forderungen, die aus der Konferenz herausgehen. Wir haben die Reden nach Mitschrift sinn- und inhaltsgemäß zusammengefasst oder digital eingereichte Beiträge sachgemäß gekürzt, um ihnen einen Überblick und tiefe Einblicke in das Thema und die auf der Konferenz geführten Diskussionen zu geben.

Wir möchten uns an dieser Stelle auch nochmal bei allen bedanken, die einen Beitrag für die Vorbereitung, Umsetzung und Nachbereitung der Konferenz geleistet haben. Ohne diese herzliche Unterstützung hätte die Konferenz nicht in dieser Form umgesetzt werden können.

Beim Lesen wünschen wir Ihnen viel Spaß und tiefe Erkenntnisse,

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Beiträge der Konferenz



Begrüßung

Gökay Akbulut, im Namen von Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe FreundInnen und Freunde
Liebe Gäste,

im Namen des Kurdischen Zentrums für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad e.V. begrüße ich Sie zu der heutigen Konferenz: „Die Lösung der kurdischen Frage im zukünftigen Syrien - Ein Beitrag für Dialog, Demokratie und Frieden".

Wir von Civaka Azad, zu Deutsch freie Gesellschaft, sind ein junges und engagiertes Team. Wir definieren uns als eine Vermittlungsstelle zwischen der kurdischen Bevölkerung in den vier Teilen Kurdistans: Türkei, Irak, Iran und Syrien sowie der in Europa lebenden Kurden und der Öffentlichkeit in Deutschland. Unsere Aufgaben bestehen aus der Informationsvermittlung, der Herstellung von Kontakten, die Begleitung und Organisation von Delegationen sowie Veranstaltungen.

Mit diesen Aufgaben versuchen wir den bisher mangelhaften Dialog mit den Kurdinnen und Kurden zu stärken. Diese Konferenz ist für uns ein wichtiger Schritt, mit dem wir neue Impulse setzen möchten. Die Zukunft sollte nicht mit Gewalt, Zerstörung und Aggressionen, sondern mit Dialog und friedlichen Mitteln gestaltet werden. Dies erfordert politisches Bewusstsein, viel Kraft und Mut.

Mit dieser Veranstaltung möchten wir ein Zeichen für den Dialog und die Demokratie setzen. Im Mittelpunkt der heutigen Konferenz wird die Situation der Kurdinnen und Kurden im gegenwärtigen Syrienkonflikt stehen. Es soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die dortige Situation differenziert aus der Perspektive der Kurdinnen und Kurden zu betrachten.

Die Geschichte lehrt uns, dass man nicht über die Zukunft von Menschen entscheiden sollte, ohne sie einzubeziehen. In den letzten Monaten wurde viel über die Situation der Kurdinnen und Kurden in Syrien berichtet. Heute werden die Entwicklungen in Westkurdistan von FachreferentInnen und Politikern dargestellt. Hiermit soll gegen die bewusste und unbewusste Verbreitung von Fehlinformationen gewirkt werden. Nur im Dialog und auf Basis der Analyse der realen Begebenheiten, Kräfteverhältnisse und Positionen der politischen Akteure kann sich die Situation in Syrien positiv entwickeln. Neben einer hohen Anzahl Falschmeldungen wird noch immer die Behauptung über eine angebliche Zusammenarbeit zwischen der kurdischen Partei der Demokratischen Einheit PYD und dem Assad-Regime in internationalen Medien verbreitet. Trotz wiederholter Angriffe auf kurdische ZivilistInnen und der Dementierung der Behauptung durch kurdische VertreterInnen.



Mit dieser Konferenz möchten wir derartigen Behauptungen entgegenwirken und Ihnen insbesondere die Positionen und die Perspektive der KurdInnen in Syrien näher bringen.

Leider wird die Politik insbesondere im Nahen und Mittleren Osten noch immer sehr stark von Männern dominiert. Im Schatten des Bürgerkrieges in Syrien wird in Westkurdistan ein selbstbewusster und unabhängiger Weg eingeschlagen. In den kurdischen Regionen des



Landes organisieren sich die Frauen und nehmen am öffentlichen und politischen Leben aktiv teil. Deshalb können wir davon sprechen, dass die kurdischen Frauen für die Befreiung der Frau aus jahrhundertelanger Unterdrückung im gesamten Nahen und Mittleren Osten eine Vorreiterrolle einnimmt. Auch uns ist es heute auf dieser Konferenz nicht ganz gelungen, diese Dominanz der Männer zu durchbrechen. Wir haben mit Songül Karabulut und Dilsah Osman nur zwei Frauen als Referentinnen. Dilsah Osman wird sich in ihrem Beitrag mit der Rolle der Frau im Wandlungsprozess in Westkurdistan mit dieser Thematik befassen.

Die Geschichte der KurdInnen ist von Krieg, Gewalt, Unterdrückung und Vertreibung geprägt. Umso mehr appellieren wir für die Beendigung der Gewalt und für eine friedliche Lösung des Syrienkonfliktes. Die kurdische Bewegung in Syrien und die kurdische Bevölkerung haben sich für den sogenannten 3. Weg entschieden. Die Grundlage dieses Weges bildet die demokratische Partizipation der Bevölkerung, die Einbeziehung sämtlicher Ethnien und religiöser Strömungen und die respektvolle gegenseitige Anerkennung der Menschen in der Region.

Islamistische Ansätze, Nationalismus oder eine auf Spaltung der unterschiedlichen Akteure beruhende Intervention von außen können nur in eine Sackgasse enden und zur langfristigen Destabilisierung des Landes führen. Das würde sich auch in der gesamten Region negativ auswirken.

Bevor ich zum Abschluss meiner Rede komme und das Wort weitergebe, möchte ich in unserem Namen noch einige Danksagungen aussprechen. Zunächst bedanken wir uns selbstverständlich recht herzlich bei unseren Mitveranstaltern für die wunderbare Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Umsetzung dieser Konferenz.

Vielen Dank an die Mitveranstalter, den Dialog Kreis und an Herrn Schaddach. Dann möchten wir uns auch bei allen UnterstützerInnen dieser Veranstaltung herzlich bedanken. Vielen Dank an den Aachener Friedenspreis, den Bundesausschuss Friedensratschlag, den Bund für Soziale Verteidigung, die IPPNW, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Kooperation für den Frieden. Vielen Dank auch an medico international, das Netzwerk Friedenskooperative, das Netzwerk Kurdische Akademiker-Innen-Kurd Akad und an Pro Humanitate e.V.

Wie Sie sehen, haben wir ein volles Programm mit zahlreichen Beiträgen und Diskussionen. Wir hoffen auf eine gelungene und erkenntnisreiche Veranstaltung.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen viel Spaß, interessante Diskussionen und einen erkenntnisreichen Tag.

Freitagsprotest in Qamischlo, 20.07.2012 Foto: Benjamin Hiller

Thematische Einführung zur internationalen Konferenz

Prof. Dr. Andreas Buro – Dialog Kreis

Diese Konferenz findet genau zum richtigen Zeitpunkt statt. Fast überall im kurdischen Siedlungsgebiet ist die Politik in Bewegung. Im Irak geht es unter anderem um die Ausgestaltung der Autonomie und um die Verfügbarkeit über die Ölressourcen. In der Türkei wird noch einmal der Versuch unternommen, den türkisch-kurdischen-Konflikt zu überwinden, der nicht erst seit 30, sondern in unterschiedlichen Formen seit 90 Jahren schwelt und brennt.

In Syrien überschlagen sich die Schreckensmeldungen des Krieges. Die Fronten der miteinander Kämpfenden werden immer unübersichtlicher.

Dort geht es jedoch auch um ein erstaunliches Vorhaben, das im Mittelpunkt des Interesses unserer Konferenz steht. Die Kurden wollen mitten im Bürgerkrieg in ihren syrischen Siedlungsgebieten eine Autonomiezone schaffen. Von ihr soll der Krieg fern gehalten werden, so dass alle Menschen dort von seinen Schrecken verschont bleiben. In dieser Zone leben Menschen, die verschiedenen Religionen und verschiedenen Ethnien angehören. Es soll dort gelingen, zwischen all diesen Menschen und Gruppierungen, die anstehenden Probleme in Respekt vor einander und gleichberechtigt zu bearbeiten, wenn auch das Ausmaß der Schwierigkeiten enorm sein dürfte. Gelänge dies, könnte damit ein Beispiel für das Zusammenleben der verschiedenen Strömungen im zukünftigen Syrien gegeben werden.

Das kann nur gelingen, wenn tatsächlich ein gleichberechtigter, friedlicher Dialog zwischen den Gruppierungen innerhalb der Zone ermöglicht wird und auch zustande kommt. Die syrischen Kurden als größte Gruppe, möglicherweise noch verstärkt durch eine enge Zusammenarbeit mit der PKK, KDP/Irak und PUK/Irak, tragen dafür die größte Verantwortung.

Das Gelingen hängt allerdings nicht nur von den inneren Kräften ab. Auf den Verlauf des syrischen Bürgerkrieges wirken mit massiven Interessen Staaten aus Nah- und Mittelost ein. Sie unterstützen ihnen nahe stehende Milizen auch im Kampf gegen andere Rebellengruppen gegen das Assad-Regime. Dabei geht es bereits auch um einen Kampf um die Herrschaft in Syrien nach Assad. Iran unterstützt wie auch Russland die noch bestehende Staatsmacht in Syrien und verlängert dadurch den Krieg. Für die Westmächte ist der Krieg in Syrien ein Baustein in ihrem Bemühen, den Mittleren und Nahen Osten insgesamt unter ihre Kontrolle zu bringen und durch einen Regime Change in Syrien den widerspenstigen Zusammenhang Iran, Syrien, Hisbollah und Hamas zu zerschlagen.

Dabei unterstützen sie auch Kräfte, die sie in anderem Zusammenhang als Terroristen bezeichnen. Eine besonders starke Einwirkung von außen übt die Türkei aus mit dem bislang wohl ungebrochenen Wunsch, in Syrien keine kurdisch bestimmte Autonomiezone entstehen zu lassen. Die große Frage für die Konferenz lautet dementsprechend, ob sich die türkische Haltung wandeln könnte, wenn in der Türkei die Überwindung des Konflikts mit den Kurden gelänge.

Wir fragen also in dieser Konferenz nach den Bedingungen für das höchst ambitiöse Projekt einer syrischen Autonomiezone, Dabei dürfen wir nicht Wunsch





für Wirklichkeit halten und die riesigen Schwierigkeiten übersehen.

Wir fragen ebenso, was von der Bundesrepublik aus getan werden sollte und könnte, um zu einer friedlichen Lösung in der Türkei beizutragen und das Projekt syrische Autonomiezone zu fördern. Dabei stellen wir mit großem Bedauern fest, dass die Bundesregierung bisher nur Begleiter der türkischen Repressionspolitik gegen die Kurden war und friedenspolitisch nicht tätig geworden ist.

Wir wollen auch erörtern, welche Rolle die deutschen Nicht-Regierungsorganisationen, ja, die deutsche Zivilgesellschaft zur Förderung einer friedlichen Lösung spielen kann und sollte.

Von fast allen Seiten ist im syrischen Krieg Gewalt ausgegangen oder schließlich unterstützt worden. Gewalt nährt neue Gewalt. Barbaren werden wir durch barbarische Mittel. Auf dieser Konferenz wollen wir deshalb keine Diskussionen führen, als gäbe es nur die Gewalt der anderen. Dort kämpfen nicht Gut und Böse gegen einander, sondern höchst unterschiedliche Interessen und Potentiale. Uns muss es um einen konstruktiven Dialog über die Möglichkeiten des genannten Projekts gehen, das vielleicht zu einem Exempel für andere Teile des Landes werden kann.

Diese Konferenz ist nicht nur international, sondern auch pluralistisch besetzt. Wir sind keine Parteigänger von Sunniten, Schiiten, Christen, Arabern, Kurden oder Türken. Wir unterwerfen uns nicht den einseitigen Terrorismusvorwürfen. Wir sagen dagegen „Krieg ist Terror". Wir sind Parteigänger für Frieden und Kooperation unter den Völkern und Menschen. In diesem Sinne lasst uns diese Konferenz beginnen.



Die geostrategische Einbettung des syrischen Bürgerkriegs aus der Sicht der Westmächte und der Regionalmächte

Dr. Michael Lüders – Nahost-Experte

Die Lage in Syrien wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren nicht ändern. Das Regime erweist sich als langlebiger als erwartet, seriöse Prognosen über sein Ende können nicht angestellt werden. Positive Entwicklungen sind nicht zu erwarten.

Begonnen hat der Aufstand in Syrien, einem weitgehend säkularen Staat, mit einer Protestbewegung von Jugendlichen, Frauen und marginalisierten SunnitInnen. Das Regime hat auf die legitimen Forderungen der Bevölkerung mit Gewalt geantwortet. Hätte die Reaktion anders ausgesehen, wäre es nicht zu der Gewalteskalation, der Verrohung der politischen Kultur und dem völligen Verlust von Perspektiven auf ein friedliches Zusammenleben und Menschlichkeit gekommen. Die Zukunft des Landes hängt von der Bereitschaft der externen Kräfte, sich zu verständigen, ab, da der Konflikt längst zu einem durch geostrategische Interessen geleiteten Stellvertreterkrieg geworden ist zwischen westlichen Staaten wie den

USA, der Türkei, Katar oder Saudi Arabien auf der einen, und Russland, China und dem Iran auf der anderen Seite.

Eine einheitlich westliche Politik gibt es nicht. Der kleinste gemeinsame Nenner ist der Regimewechsel in Syrien. Dem Westen ist daran gelegen, die Achse Damaskus-Teheran zu zerstören, da Syrien als engster Verbündeter Irans gilt. Eine künftige sunnitische Regierung soll sich vom Iran abwenden und sich Saudi Arabien zuwenden. Es geht dabei darum, die Macht Irans zu brechen. Mit dem Wegfall von Teheran, Hisbollah und Hamas wird es keine Kräfte in der Region mehr geben, die sich dem Westen entgegenstellen. Je länger der Krieg in Syrien andauert, desto größere Sogwirkung kann er entfalten.

Die Türkei hat erkannt, dass von Syrien eine große destabilisierende Wirkung ausgehen kann. Auch darauf ist die Bereitschaft zum Dialog mit Öcalan zurückzuführen. Der syrische Präsident Assad ist sich bewusst, dass er den Norden und Nordosten des Landes militärisch nicht kontrollieren kann. Der Einfluss islamisch-fundamentalistischer Gruppen wie Jabhat Al Nusra verheißt nichts Gutes. Wenn heute Waffen an die syrische Opposition geliefert würden, wäre Al Nusra klarer Nutznießer. Der Westen sollte die Fehler von Afghanistan nicht wiederholen.

Nach einem Sturz Assads sehe ich zwei mögliche Szenarien:

1. Syrien bleibt als Zentralstaat mit islamisch-fundamentalistischer Orientierung erhalten.

2. Der Nationalstaat zerfällt wie das ehemalige Jugoslawien.

Alle Energien müssen darauf verwendet werden, die Rivalitäten friedlich und pragmatisch zu lösen. Pragmatismus ist aber leider derzeit in Syrien nicht das Gebot der Stunde. Die Herausforderung für die Syrer besteht darin, das Land vor der materiellen Zerstörung, aber auch vor einer Traumatisierung zu bewahren. Die Volksgruppen sollten sich fragen, wie sie sich zueinander verhalten wollen. Trotz des Hasses auf die politisch Verantwortlichen müssen diese mit rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Die Gewaltlogik muss auf jeden Fall durchbrochen werden, um eine zumindest in Ansätzen positive Zukunft gestalten zu können.

Wenn die Weichen jedoch in den nächsten ein bis zwei Jahren falsch gestellt werden, wird Syrien in einem Strudel der Gewalt versinken, wie einst der Libanon, wo es nach lang anhaltenden Auseinandersetzungen erst 1990 zu einem Friedensschluss kam. Es wird voraussichtlich immer externe Kräfte geben, die ihre Interessen auf Kosten der Syrer verfolgen. Ihr Einfluss sollte jedoch zurückgedrängt werden.



Im Konflikt in Syrien spielt das Verhältnis zwischen den USA und Russland eine entscheidende Rolle. Es muss an sämtliche syrischen Gruppen appelliert werden, Widersprüche politisch zu lösen und Perspektiven für Frieden und Sicherheit zu entwickeln. Sollte es zu einem Friedensschluss kommen, sollte ein erster wichtiger Schritt sein, die Region wirtschaftlich zu entwickeln.

Die KurdInnen sind derzeit in einer besonders schwierigen Situation, weil sie sowohl unter Druck der Aufständischen als auch der Türkei stehen. Sie müssen gerade deshalb gute Kontakte in alle Richtungen entwickeln. Die KurdInnen sollten sich den IslamistInnen nicht unterwerfen, sich aber auch nicht in Sektierertum und Stammesfehden verwickeln lassen. Verhältnisse wie im Libanon müssen mit allen Mitteln verhindert werden. Wenn es den KurdInnen gelänge, Partikularinteressen zu überwinden und Rivalitäten untereinander, die einen zum Spielball externer Interessen machen, friedlich und pragmatisch zu lösen, und sich zu einer demokratischen Ordnung zu bekennen, könnten sie zum Vorbild in der Region werden.



Die ethnisch-religiöse Struktur der syrischen Gesellschaft

Dr. Khaled Issa – Historiker aus Frankreich

Nach dem Ersten Weltkrieg fand eine kolonialistische Aufteilung der Region statt. Die Grenzen zwischen Syrien, dem Irak, dem Iran und der Türkei wurden in diesem Rahmen gezogen. Dabei ließen die Türkei und auch die weiteren drei Staaten keine anhaltende regionale Eigenständigkeit der kurdischen Bevölkerungsgruppen zu.

Im Jahr 1922 wurde in Westkurdistan Erdöl gefunden. 1937 erhielten die kurdischen Provinzen Syriens zeitweise einen regionalen Autonomiestatus. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Position Frankreichs schrittweise geschwächt, Großbritannien setzte sich mit seinen Interessen immer dominanter durch. Ab 1947 zogen die Franzosen sich dann aus Syrien zurück. Die darauf folgende Militärregierung war der kurdischen, wie auch der christlichen Bevölkerungsgruppe gegenüber sehr feindlich eingestellt. Der Anteil der ChristInnen an der Gesamtbevölkerung reduzierte sich von dieser Zeit bis heute von 20 auf 6%. Die AlawitInnen und DrusInnen wurden dagegen stark gefördert und bauten ihre Macht systematisch aus.

Ab 1962 ließ die syrische Regierung ein Arabisierungsprogramm für die kurdischen Provinzen des Landes beschließen. Dieses wurde von sämtlichen im Parlament vertretenen Parteien mitgetragen. Auch von den KommunistInnen. Ca. 100.000 KurdInnen wurde folglich die Staatsbürgerschaft aberkannt. An der syrisch-türkischen Grenze errichtete das Militär mit brutalen Mitteln einen ca. 10–15 Kilometer breiten „Arabischen Gürtel".

Die Baath-Partei proklamiert zwar, dass Syrien ein säkularer Staat sei – dies ist jedoch faktisch nicht der Fall, da der Präsident laut Verfassung ein Muslim sein muss. Bis heute werden Frauen und mehrere Religionsgruppen und Ethnien in Syrien systematisch unterdrückt. Die Baath-Regierung hat die Macht und den Wohlstand zudem weitgehend an eigene AnhängerInnen und Bündnispartner verteilt. In Westkurdistan werden 90% des syrischen Erdöls, 60% des Getreides, 70% der Baumwolle, 30% des Olivenöls produziert. Die kurdische Bevölkerung hat jedoch bis 2011 keine Teilhabe daran gehabt.

Die PYD (Partei der Demokratischen Einheit) ist die stärkste Kraft der KurdInnen und eine der Hauptgruppen der syrischen Opposition. Sie strebt einen demokratischen Föderalismus an. In Zusammenarbeit mit dem „Hohen Kurdischen Rat" wurden für die kommunale Selbstverwaltung gut funktionierende demokratische Rätestrukturen aufgebaut.

Seitens der Türkei, Saudi Arabien und Katars werden seit Beginn des Aufstands 2011 radikalislamische Kräfte unterstützt, um eigene Machtansprüche zu sichern und die kurdischen Strukturen zu marginalisieren. Die Muslimbruderschaft stellt lediglich ca. 15–20% der Opposition, hat allerdings einen Alleinherrschaftsanspruch. Einen säkularen Staat, in dem verschiedene Ethnien, Religionen und Männer und Frauen gleichberechtigt miteinander leben, lehnen die Islamisten ab.

Die Mehrheit der syrischen Bevölkerung wünscht sich einen friedlichen Übergang zur Demokratie. Die radikal-islamistischen Kräfte, Salafisten und die Al Nusra Front haben mit großer Unterstützung Katars, der Türkei und Saudi Arabiens versucht, Sere Kaniye, eine kurdisch dominierte Stadt an der syrisch-türkischen Grenze, einzunehmen und die Region zu destabilisieren. Dieser Versuch wurde von den militärischen Einheiten der KurdInnen der YPG zurückgeschlagen.

Die PYD und der Hohe Kurdische Rat, in dem sich mehr als 20 kurdische Parteien unterschiedlicher Ausrichtung vereinigt haben, beziehen sämtliche Bevölkerungs- und Religionsgruppen in ihre demokratischen Strukturen ein. Gemeinsam wird die Gesellschaft entwickelt und mittlerweile auch der militärische Schutz organisiert. Die kurdische Region ist weitgehend stabil und könnte als positives Beispiel für die Entwicklung Syriens dienen.

Religion oder religiöse Vorstellungen dürfen grundsätzlich nicht mit Gewalt durchgesetzt und Andersdenkenden oder Andersgläubigen aufgenötigt werden. Es ist wichtig, dass die Interessen der syrischen Bevölkerung im Zentrum der Entwicklung stehen. Deshalb sollten Interventionen aus dem Ausland unterlassen werden. Nur so kann eine demokratische Entwicklung stattfinden, die wir uns als KurdInnen sehr wünschen.



Kurdische Opposition in Syrien und ihre Zielvorstellungen

Salih Muslim - Vertreter des Hohen Kurdischen Rates in Syrien, Co-Vorsitzender der PYD

Ahmad Suleiman - Vertreter der Hohen Kurdischen Rates, Syrien

Beitrag von Salih Müslim

Die kurdische Revolution hat in Westkurdistan bereits im Jahr 2004 begonnen. Mit Beginn der Aufstände im gesamten Syrien 2011 ist diese dann immer dynamischer geworden. Die kurdische Bevölkerung hat sich schon sehr lange nach Freiheit gesehnt. Nach einer Verschwörung zur Unterdrückung der KurdInnen und einem Angriff auf die Bevölkerung nach einem Fußballspiel im Jahr 2004 kam es in Qamischlo zum Aufstand, der in unterschiedlicher Intensität bis heute anhält.

Die türkische Regierung hat bis 2011 intensiv mit der Regierung Assad zusammengearbeitet. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden unzählige kurdische politische Gefangene in den syrischen Gefängnissen inhaftiert und gefoltert.

Die PYD (Partei der Demokratischen Einheit) hat als Partei eine Strategie der Demokratisierung entwickelt und diese als Impuls in die Gesellschaft gegeben. Wir beziehen unsere Kraft aus der Organisierung der Bevölkerung. Über Jahrhunderte hinweg und auch seit der Staatsgründung haben sich KurdInnen als Söldner fremder Mächte missbrauchen lassen. Die PYD wirkt dafür, dass dies nicht mehr geschieht. Dazu ist es notwendig, ein Bewusstsein über die eigene Identität zu entwickeln und selbstbewusst zu agieren.

Am 19. März 2011 haben wir beschlossen, uns selbst zu beschützen und zu verteidigen und eine demokratische Rätestruktur aufzubauen. Diese demokratische Struktur wird in der Praxis in jeder Verwaltungseinheit von 17 Arbeitskomitees getragen, die in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen wirken. Wir haben seitdem im Rahmen der PYD in Zusammenarbeit mit dem „Hohen Kurdischen Rat" die Kontrolle über den Großteil der kurdischen Provinzen übernommen. In Qamischlo und Afrin gilt dies aufgrund der dort vorhandenen Infrastruktur nur teilweise. In einigen Kommunen haben wir Abkommen mit den Organisationen der arabischen Bevölkerung geschlossen, um eine friedliche Entwicklung zu garantieren. Wenn wir die Kräfte des syrischen Regimes nicht vollständig aus unseren Gebieten vertrieben haben, dann nur, um Blutvergießen zu verhindern.

Die PYD leistet überall Widerstand gegen Unterdrückung. Deshalb ist eine Art natürliche Demokratie



v.l.n.r. Dilsah Osman, Dr. Gundi Dilberz, Salih Müslim, Zerdest Ali





entstanden. 15% der EinwohnerInnen Syriens sind KurdInnen, die auf einer Fläche von ca. 30000 Quadratkilometern leben. Sie gehören einer Ethnie an, üben jedoch verschiedene Religionen aus. Die KurdInnen sind Yeziden, Sunniten und Aleviten – und leben respektvoll in Geschwisterlichkeit zusammen – nicht nur untereinander, sondern auch mit AssyrerInnen, ChristInnen, ArmenierInnen und AraberInnen. Wir halten dies für den einzigen Weg, der zur Gestaltung einer friedlichen und demokratischen Gesellschaft führen kann. Salafistische Gruppen und DjihadistInnen wollen dem gegenüber andere Religions- und Bevölkerungsgruppen unterwerfen. Es gibt Kräfte, die den demokratischen Prozess und unsere Errungenschaften nicht akzeptieren wollen.

Aus den weiteren Regionen Syriens fliehen immer mehr InlandsmigrantInnen in unsere stabile und relativ friedliche Region, um sich vor den dort immer brutaler werdenden Auseinandersetzungen in Schutz zu bringen. Wir haben nicht, wie uns oft vorgeworfen wird, für das Regime gekämpft – ganz im Gegenteil hat uns der Staat stets bekämpft. Mit jeweils instrumentellem Hintergrund werfen uns einige Akteure vor, mit dem Regime zusammen zu arbeiten, andere Akteure machen uns den Vorwurf, dass wir mit der Freien Syrischen Armee (FSA) zusammen arbeiten würden. Wir müssen uns jedoch oft gegen beide Seiten verteidigen. Dafür beziehen wir unsere Kraft aus der Bevölkerung und unserem Willen zur Demokratie. Angriffe von SalafistInnen und DjihadistInnen, die u.a. mit der Unterstützung der Türkei, Katars und Saudi Arabiens in unsere Region eingeschleust wurden, haben wir bisher sämtlich abgewehrt und zurückgeschlagen.

Wir wollen einen demokratischen, säkularen Staat. Wir sehen Syrien und Westkurdistan als einen bunten Garten, in dem sämtliche Bevölkerungsgruppen respektvoll zusammenleben sollten. Die Entwicklungen in den kurdischen Provinzen können in diesem Zusammenhang einen positiven Einfluss auf die gesamte Region ausüben. Wir wünschen uns in Kurdistan Selbstverwaltung, ohne die Staatsgrenzen anzutasten. Mit diesem Ansatz können wir eine Art Vorreiter der Demokratisierung werden.

Es geht uns um eine politische Lösung des Konflikts, die durch humanitäre Hilfe von außen unterstützt werden kann. Wenn keine Waffen mehr an das Regime und die Aufständischen geliefert werden, wäre der Krieg schnell vorüber, würde der Bürgerkrieg austrocknen.

Schriftlicher Beitrag
von Ahmad Suleiman
vorgetragen von Zerdest Ali

Ich kann leider diese Konferenz nicht besuchen, da ich an der Beerdigung von 15 im Bürgerkrieg bei Angriffen der Luftwaffe der Regierung Assad gestorbenen Menschen teilnehme. Syriens Zukunft ist im Moment sehr ungewiss. Eine neue Leitung des Landes aus VertreterInnen sämtlicher Ethnien und Religionen ist sehr wichtig.

Die Möglichkeit einer internationale Intervention wird von den unterschiedlichen Akteuren sehr widersprüchlich bewertet. Die Aufrüstung von Rebellen durch unterschiedliche Kräfte hat die Situation lediglich verschlechtert. Die politische Lage ist sehr desolat und die Auseinandersetzungen haben sich diversifiziert.

Über eine lange Zeit haben die Regionalmächte versucht, Konflikte zwischen den KurdInnen zu schüren. Mit dem Abkommen von Hewler/Erbil haben sich die kurdischen Gruppierungen im „Hohen Kurdischen Rat“ vereint und die Spaltungstendenzen überwunden. Wir streben an, gemeinsam schrittweise eine Demokratie aufzubauen. In diesem Rahmen wurden auch Friedensräte etabliert.

Was wir derzeit am dringendsten benötigen, ist ihre Unterstützung, um ein Klima des Dialogs zwischen

sämtlichen gesellschaftlichen Gruppen zu stiften. Auch humanitäre Organisationen sollten diesen Prozess unterstützen, um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden.

Ergänzungen von Salih Müslim auf der Pressekonferenz

Die Mehrheit der syrischen Bevölkerung befürchtet weiteres Blutvergießen. Die Erfahrungen aus dem Irak lehren uns, dass es keinen Bruderkrieg mehr zwischen unterschiedlichen Strömungen und Gruppierungen der KurdInnen geben darf.

Der Frieden im Norden des Landes (in Westkurdistan) ist sehr wichtig für die weiteren Entwicklungen in sämtlichen Teilen Kurdistans. Die türkische Regierung hat versucht, andere Gruppen gegen die KurdInnen in Syrien aufzuhetzen. Sie rüstet Oppositionsgruppen auf, damit sie die stabile demokratische Selbstverwaltung in den kurdischen Provinzen Syriens angreifen. Die türkische Regierung wollte mit aller Macht die Verfestigung dieser Strukturen verhindern. Wenn der Friedensprozess zwischen der Regierung und der kurdischen Bewegung in der Türkei erfolgreich verläuft, wird auch ein Frieden in Syrien eher möglich werden.



Es wird sehr viel Antipropaganda gegen die PYD betrieben. Das türkische Regime bezeichnet uns als Anhängsel der PKK oder als Anhänger Assads. Überall, wo wir hinkommen, bleibt uns nur, gegen sämtliche Vorurteile unsere Sicht der Dinge darzustellen und unsere an Frieden und einem respektvollen Zusammenleben orientierten Vorstellungen und den Aufbau der demokratischen Strukturen erfahrbar zu machen.

Die Angriffe und Übergriffe auf Aleppo zeigen das hässliche Gesicht des Regimes. Aber auch die Übergriffe der SalafistInnen und DjihadistInnen auf Sere Kaniye und weitere Orte zeigen, dass einige Kräfte ausschließlich nach Macht streben, ohne eine Idee für eine positive und demokratische Entwicklung Syriens zu haben. Die Arabische Liga hat da großen Einfluss. Gruppen, die unter dem Schutz und mit großer Unterstützung Katars in Syrien gegen Assad kämpfen– aber sie kämpfen nur um die Macht, ohne eine Perspektive für die Gestaltung der Zukunft zu haben.

Die Zusammenarbeit mit weiteren Oppositionskräften ist nur dann möglich, wenn diese die legitimen Rechte der kurdischen Bevölkerung in einer neuen Verfassung anerkennen. Viele der Oppositionsgruppen verweigern das leider bisher.

Manchmal ist es auch nötig, die Demokratie bewaffnet zu verteidigen. Gerade in unserer Region ist das zurzeit leider notwendig – da man sonst als Bevölkerungsgruppe ausradiert wird. Auch die Schweiz hat z.B. eine der „größten" Luftwaffen in Europa, um sich als neutrales Land selbst zu verteidigen. Die Demokratie muss gerade in ihrer Anfangsphase, wenn sie als zarte Blüte aufkeimt, geschützt werden. In diesem Sinne sind die Volksverteidigungskräfte YPG von der Bevölkerung gebildet worden. Mittlerweile beteiligen sich auch AraberInnen, ChristInnen und sämtliche Bevölkerungs- und Religionsgruppen an der YPG.

Die Einheit der kurdischen Bevölkerung, die insbesondere im Hohen Kurdischen Rat zum Ausdruck kommt, ist sehr wichtig.

Die Flüchtlingslager werden leider sehr oft mit politischen Hintergedanken aufgebaut. So kommt es leider z.B. in der Türkei vor, dass ein Lager mit 100.000 Plätzen eingerichtet wurde, in dem jedoch keine kurdischen Flüchtlinge zu finden sind. In diesem Zusammenhang ist es zynisch zu argumentieren, dass die Flüchtlinge Gäste sind, deren Herkunft, Ethnie oder Religionszugehörigkeit man sich selbst aussuchen kann.

Die Rolle der Frau im Wandlungsprozess

Dilsah Osman – Journalistin, Niederlande

Ich skizziere in meinem Beitrag die Rolle der Frauen im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wandel in Westkurdistan. Frauen sind Lebensbäume, wir bringen und halten die Gesellschaft zusammen, wir geben ihr Leben. Wenn die Frau an Gewicht bei der Gestaltung der Gesellschaften verliert, verliert die gesamten Gesellschaft. Dadurch, dass im arabischen Frühling aufgrund patriarchaler Ideologien die Beteiligung der Frauen zurückgedrängt wurde, ist die gesamte politische Entwicklung geschwächt und zum Teil auch aufgehalten bzw. ins Negative verkehrt worden.

Die kurdischen Frauen haben sich schon seit sehr langer Zeit politisch organisiert. Ihre Organisation Yeketiya Star wird in Syrien anerkannt. Sie arbeitet auch in weiteren syrischen Regionen, ist aber besonders in den kurdischen Gebieten aktiv. Frauen sind in großer Stärke und intensiv am Aufbau der Räte, Bildungseinrichtungen und Frauenhäuser beteiligt, die schon viele Frauen vor dem Tod bewahrt haben. Durch diese Einrichtungen wird zudem innerhalb der Gesellschaft eine positive Dynamik erzeugt. In den Räten und Einrichtungen werden u.a. die Probleme der patriarchalen Gesellschaftsordnung thematisiert. Von den Frauen werden soziale Projekte vorangetrieben, diskriminierende Traditionen und Gesetze wie die Polygamie oder das Brautgeld abgeschafft und die Rechte der Frau gestärkt. Yeketiya Star hat maßgeblich zu den Veränderungen im Familienrecht beigetragen, die mittlerweile von den Familien in Westkurdistan akzeptiert werden. Frauen sind auch in großem Ausmaß am sozialen, politischen und militärischen Widerstand gegen das diktatorische Regime beteiligt.

In den Volksräten sind Frauen mit 40 Prozent vertreten. Im Vergleich hierzu sind in Ägypten nur 6 Prozent Frauen in den verschiedenen Organisationen vertreten. Im schwedischen Parlament sind 39 Prozent der Abgeordneten Frauen und in der Nationalen Koordination der syrischen Opposition sind von 70 Mitgliedern nur zwei Frauen – also knapp 3 Prozent.



Die kurdischen Frauen haben im Prozess der Befreiung ihre Verbindungen mit diversen Gruppen der syrischen Gesellschaft wie z.B. armenischen und syrischen Frauenorganisationen aufgebaut und so die Grundlagen für ein friedliches und emanzipiertes Zusammenleben geschaffen. Sämtlich radikalen religiösen Kräfte stießen auf den Widerstand der kurdischen Frauen. Dort, wo Frauen eine wichtige Rolle spielen und die Zivilgesellschaft fördern, wurden die radikalen Kräfte geschwächt.

Im Nahen Osten müssen nicht nur die diktatorischen Regime gestürzt werden, denn darauf folgen historisch gesehen andere reaktionäre Regime. Alle Menschen, die eine freiheitliche Gesellschaft wollen, müssen die Rolle der Frau stärken. In einem künftigen Syrien müssen die Frauenrechte garantiert werden – denn der Frühling der Völker sollte auch zum Frühling der Frau werden.

Die Türkei und der Nahe Osten: Aktuelle Interessen und Strategien in Bezug auf die kurdischen Gebiete in Syrien und Irak

Songül Karabulut – Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Kurdistan Nationalkongresses KNK, Brüssel

Die Türkei ist mit 75 Millionen Einwohnern und einer Fläche von 814.578 Quadratkilomtern eines der wichtigsten Länder der Region. Ihre Wichtigkeit resultiert zudem aus ihrer geostrategischen Lage, mit der sie den Osten mit dem Westen, Europa mit Asien und Afrika verbindet.

Da die Kurden nach dem 1. Weltkrieg mit dem Vertrag von Lausanne auf die Länder Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt wurden, sind die Grenzgebiete zum Iran, Irak und Syrien überwiegend kurdische Gebiete. Die Türkische Republik, die aus den Trümmern des osmanischen Reiches entstanden ist, hat entgegen der multiethnischen und multireligiösen Herkunft der Bevölkerung alle Menschen zu Türken erklärt und mit aller Gewalt versucht diese Ideologie auch durchzusetzen. Das hatte zur Folge, dass die Volks- und Religionsgruppen, die de facto zu Feinden erklärt wurden, einer Assimilationspolitik unterzogen wurden. In Folge dieser Politik wurden viele Bevölkerungsgruppen vertrieben, vernichtet oder assimiliert. Das kurdische Volk konnte jedoch aufgrund kontinuierlichen Widerstands bis heute nicht türkisiert werden. Auch in den Kurden in den Nachbarländern sahen und sehen die türkischen Regierungen eine Gefahr. Daher ist der Versuch jede mögliche Errungenschaft des kurdischen Volkes zu unterbinden, eines der Hauptanliegen türkischer Außenpolitik.

In der Geschichte gab es eine Vielzahl von Verteidigungspakten sowie bilateralen Abkommen gegen die Kurden. In diesem Zusammenhang sind der CENTO-Pakt, auch bekannt als Bagdad-Pakt (Türkei, Irak, Iran, Pakistan, GB, (1955–1979), sowie der Sadabat-Pakt (Türkei, Iran, Irak, Afghanistan im Jahre 1937–1979) zu nennen. Das jüngste Abkommen zwischen Syrien und der Türkei ist das Abkommen von Adana (1998). Auch mit europäischen Ländern wie Frankreich, Belgien, Deutschland etc. hat die Türkei immer wieder Abkommen geschlossen, die direkt oder indirekt die Kurden betreffen und eine gemeinsame Politik der Bekämpfung der politisch Tätigen Kurden festschreiben. Zudem versuchen die türkischen Regierungen im Rahmen einer „Teile und Herrsche" Politik seit jeher, die Kurden gegeneinander auszuspielen.

In den 1990er Jahren versuchte der damalige Staatspräsident Turgut Özal, diese Staatspolitik zu verändern. Nachdem das bipolare Weltsystem Ende der 80er Jahre zusammenbrach, erkannte Özal, dass das sich bald auf die Kräfteverhältnisse im Mittleren Osten auswirken wird. Um diesen bevorstehenden Umbruch zu Gunsten der Türkei zu gestalten, und vor allem nach dem möglichen Sturz Saddam Husseins im Irak Einfluss zu erlangen, sah er eine Veränderung der bisherigen staatlichen Kurdenpolitik in Bezug auf die Kurden im Irak als notwendig an. Er begann, mit den südkurdischen Parteien Kontakt zu suchen und seine Beziehungen zu verbessern. Mit dieser Politik, die eine Annäherung der Südkurden an die Türkei vorsah, sollte der Einfluss





der Türkei im Irak erhöht werden. Dieser Politikwechsel stieß auf großen Widerstand bei der kemalistischen Oligarchie und wurde durch den mysteriösen Tod von Özal 1993 unterbrochen. Dieser Widerspruch wird gegenwärtig in der Türkei debattiert – es werden immer mehr Details bekannt, wie Özal unter Druck geriet.

Es ist kein Geheimnis, dass die Türkei die südkurdischen Kräfte stark unter Druck gesetzt hat, um sie gegen die PKK einzusetzen. Die unzähligen grenzüberschreitenden Militäroperationen im Nordirak sind ein Resultat dieser Politik. Als Anfang 2000 durch die militärische Intervention der USA das von Özal Vorhergesehene konkrete Gestalt annahm, versuchte die Türkei mit allen Mitteln zu verhindern, dass die Kurden bei einem Umbruch im Irak ihre Errungenschaften ausweiten und institutionalisieren konnten. Die Forderung der USA im März 2003 die Türkei als Militärbasis nutzen zu wollen, wurde vom türkischen Parlament abgelehnt. Diese Entwicklung belastete die Beziehungen mit dem langjährigen strategischen Bündnispartner USA. Ohne Einverständnis der Türkei erlangten die Kurden eine staatsähnliche, weitgehende Selbstständigkeit. In den südkurdischen Kräften, die von den USA als strategische Bündnispartner im Irak gesehen wurden, sah die Türkei eine großen Gefahr. Erst nachdem deutlich wurde, dass deren Erstarken nicht mehr rückgängig zu machen ist, revidierte sie ihre Beziehungen und begann eine strategische Partnerschaft. Neben politischen Beziehungen wurde die Zusammenarbeit auf ökonomischer Ebene sehr stark ausgeweitet - mit immer noch steigender Tendenz.

Mit der kurdischen Regionalregierung, deren Gründung sie mit allen Mitteln versuchte zu verhindern, unterhält die Türkei heute das wichtigste Bündnis in der Region. 60% der ausländischen Investitionen in den Irak kommen aus der Türkei. 80% davon werden in den kurdischen Gebieten getätigt. Es befinden sich nach Angaben von Vertretern der kurdischen Regionalregierung etwa 1500 türkische Firmen und Unternehmen in Südkurdistan. Gegen den Widerspruch der Irakischen Zentralregierung und Einwände der USA schloss die Türkei zudem Verträge über die Förderung von Gas und Öl mit der kurdischen Regionalregierung. Zweifellos wird das den regionalen Status der Türkei, vor allen gegenüber dem Iran und Russland, stärken.

Trotzt der Ankündigung einer „Kurdischen Öffnung“ fanden in der Türkei sowohl ununterbrochene militärische Operationen als auch Festnahmewellen im Rahmen der im April 2009 begonnenen „KCK-Verfahren“ statt. Die Inhaftierung von annähernd 10.000 politischen Gefangenen innerhalb von 3 Jahren sind das Ergebnis.

Als im März 2011 der Aufstand gegen das Assad-Regime in Syrien ausbrach, war eine 180-Grad-Wende in der Syrienpolitik der Türkei zu beobachten. Während die Freundschaft von Erdogan und der Assad Familie zuvor soweit ging, gemeinsamen Urlaub zu verbringen, stellte sich die Türkei nach Beginn des Aufstands ohne Zeitverzug gegen das Regime. Die Türkei, die sich aufgrund ihrer ungeschickten Politik im Irak isoliert hatte, wollte denselben Fehler in Syrien nicht wiederholen. Daher war sie sehr engagiert. Sie stellte sich als wirtschaftliches und logistisches Zentrum für die syrische Opposition zur Verfügung – zum Teil auch als militärisches Rückzugsgebiet. Zudem forderte die AKP-Regierung in internationalen Bündnissen wie der UNO und der NATO ein schnelles militärisches Eingreifen. Gegen die schiitischen Kräfte versuchte sie die arabisch-sunnitischen Kräfte zu organisieren. Ihre Unterstützung machte sie an der Bedingung fest, dass die syrische Opposition



in keiner Weise den Forderungen der Kurden in Syrien nachkommen sollte. Sie unterstützte sogar radikalislamische Kräfte wie El Nursi oder Salafisten und ließ sie militärisch die Kurden angreifen – wie z.B. in Seri Kaniye. Ihre Syrienpolitik war gekennzeichnet durch Polarisierung, Spaltung sowie dem Schüren von Feindschaften zwischen unterschiedlichen Volks- und Religionsgruppen. Die westlichen Bündnispartner mussten die Türkei zur Besinnung rufen. Ein Ergebnis dieser Politik ist, dass Gegenwärtig das Zentrum der Opposition nicht mehr in der Türkei liegt.

Die türkische Regierung hat zudem mit allen Mitteln versucht zu verhindern, dass die Kurden in Syrien eine Einheit bilden und als solche Agieren. Der Besuch von Außenminister Davutoglu in Erbil im August 2012, bei dem er nur bestimmte Kräfte des „Hohen Kurdischen Rates“ zu einem Treffen einlud, sollte diese Einheit brechen.



Erst nachdem die Türkei erkennen musste, dass sie diese Realität nicht mehr rückgängig machen kann – und auf Druck der USA – revidierte sie ihr Vorgehen und begann ihre seit den 1990er Jahren bestehenden Kontakte dorthin erneut zu beleben und zu entwickeln. Gegenwärtig haben die Beziehungen zwischen diesen beiden Kräften einen strategischen Charakter angenommen. Neben politischen Beziehungen wurde die Zusammenarbeit auf ökonomischer Ebene sehr stark ausgeweitet, mit steigender Tendenz.



Als in der Region Anfang 2000 eine Umbruchphase begann, geriet die Türkei in einen Zwiespalt. Während die regionalen Kräfte, die am Status Quo des letzten Jahrhunderts festhalten und ihre Machtposition aufrecht wollen einen Block bilden, wird der andere Block von westlichen Kräften, allen Voran den USA, angeführt. Diese wollen eine Neue Weltordnung etablieren, in der sie im Rahmen einer neoliberalen Politik ihre eigenen Interessen durchsetzen und absichern können. Die Türkei agiert seit Staatsgründung in unterschiedlicher Ausprägung im Rahmen von westlichen Bündnissen.

Die AKP hat jedoch auch damit begonnen, sich der regionalen Politik zu widmen. Sie versucht von beiden Seiten zu profitieren, hat lange Zeit einen gefährlichen Spagat ausgeübt und ist dabei oft ins Kreuzfeuer geraten. Sie wurde von beiden Blöcken kritisiert, Handlanger des jeweils anderen Blocks zu sein. Als sie ihre Beziehungen zu Syrien und dem Iran entwickelte, wurde sie von den USA ermahnt, weil diese von den USA als Achse des Bösen deklariert wurden. Andererseits musste sie aufgrund ihrer Beziehungen zum Westen Kritik aus der Region einstecken. Dieser Spagat führte auch dazu, dass strategische Bündnisse zu den USA sowie Israel belastet wurden. Es ist nicht einfach für die arabische und islamische Welt ein Modell zu sein, wenn gleichzeitig die Kontakte und Zusammenarbeit mit den USA und Israel auf Hochtouren laufen.

Ein Grund für die Beziehungen zu den Kräften des Status Quo liegt, neben den imperialistischen Interessen der Türkei, in der kurdischen Frage. Jeder Regime- bzw. Systemwechsel im Irak, Iran und Syrien wird mit einer Positionsstärkung der Kurden enden. Die Tatsache, dass die Kurden als bestorganisiertes Volk in der Region mit ihrer langjährigen Widerstandserfahrung in dieser Phase des Umbruchs ihre seit dem Vertrag von Lausanne bestehende Statuslosigkeit beenden wollen und die ihnen bisher vorenthaltenden legitimen kollektiven Rechte sichern werden, beängstigt die AKP. Daher stellt sie sich wie im Irak gegen einen Wechsel oder versucht wie in Syrien, diesen Wechsel unter eigener Kontrolle durchzuführen.

Die Türkei hat zudem im Rahmen des „Greater Middle East Plans“ die Rolle eines Modelllandes übernommen. Sie soll als liberaler Islam den radikalen Islam zurückdrängen. Letztendlich hat die Regierung Erdogan erkannt, dass die nicht gelöste kurdische Frage ein schwerer Klotz am Bein ist. Sollte sie sich dieses nicht entledigen, wird sie immer mehr widersprüchliche Politik betreiben müssen und von den regionalen Entwicklungen in keiner Weise profitieren. Sie wird weder die deklarierte „Strategische Tiefe“ in der Außenpolitik noch ihre Rolle als Modell in der Region wahrnehmen können.

Die jüngsten Entwicklungen seit Ende letzten Jahres bis heute können ein Anzeichen dafür sein, dass die Türkei diese Realität erkannt hat. Ein Paradigmenwechsel in der Kurdenfrage wird zweifellos eine elementare Veränderung der Republik mit sich bringen. Die Lösung der kurdischen Frage im Rahmen der Demokratisierung der Türkei wird für die Türkei die Chance eröffnen, eine ernsthafte Rolle als Modellland im Interesse der Völker zu spielen. Demokratiedefizite sind für individuelle Freiheitsbeschränkungen sowie ethnische und religiöse Konflikte in der Region verantwortlich und müssen überwunden werden.

Das Lösungsprojekt der kurdischen Seite ist keineswegs auf die Türkei beschränkt – es ist ein Lösungsmodell für die gesamte Region. Es ist der Weg, der zu einer Demokratischen Union des Mittleren Ostens führen wird. Es ist auch ein Garant dafür, dass keine neuen imperialistischen Mächte entstehen.

Mögliche Auswirkungen einer Überwindung des türkisch-kurdischen Konfliktes auf Syrien

Selahattin Demirtas – Co-Vorsitzender der Partei für Frieden und Demokratie (BDP)

Prof. Dr. Norman Paech - Völkerrechtler

Dr. Günter Seufert - Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP)

Beitrag von Selahattin Demirtas

Wir erleben zurzeit in der Türkei einen ernsten politischen Prozess, der Einfluss auf den gesamten Mittleren Osten hat. Die KurdInnen mussten im 21. Jahrhundert zunächst einmal ihre Identität behaupten. Seit mehr als 100 Jahren werden die KurdInnen genötigt zu beweisen, dass es sie überhaupt gibt. Seit 100 Jahren wird in unterschiedlichem Ausmaß eine gezielte Assimilations- und Vernichtungspolitik betrieben.

Ich werde nun skizzieren, mit welchem Modell wir unsere Selbstbestimmung in die Praxis umsetzen wollen. Wir haben als KurdInnen viel Kampf, Widerstand und Verrat ertragen müssen. Der dabei erfahrene Reichtum im Kampf und Widerstand befähigt uns mittlerweile zum Aufbau einer Zukunft, wie wir sie uns vorstellen. Wenn wir jedoch untereinander verfeindet sind, zerstören wir uns letztendlich nur selbst. Wir waren historisch betrachtet immer die Machtlosen und Unterdrückten. Deswegen haben die KurdInnen bisher nur auf ihre eigene Identität orientiert. Wir kennen die Psyche der Unterdrückten und besitzen aufgrund dessen Empathie für jede unterdrückte Gruppe.

Menschen können nur frei sein und frei leben, wenn sämtliche Bevölkerungs- und Religionsgruppen, wenn alle Menschen gleichberechtigt zusammen leben können. Das eigentliche Problem sind in diesem Zusammenhang nicht die Völker und Religionen. Welche Identität, welche Bevölkerungsgruppe auch immer in der Region Mittlerer Osten an der Macht war, unterdrückte alles Abweichende.

Abdullah Öcalan sagte in seiner Erklärung zum Newrozfest am 21. März 2013: „Wir Völker haben früher zusammengelebt, die letzten 100 Jahre hat man uns einen Nationalstaat aufgezwungen. Das ist eine Situation, die uns aufgezwungen wurde, die aber nicht unser Schicksal sein muss. Wir können das ändern.“ Wir können ein anderes, ein demokratisches, friedliches und solidarisches Modell des Zusammenlebens finden. Das ist Öcalans Vorstellung und Vision. Wir diskutieren momentan darüber, wer unsere Gesprächspartner und Verbündete dabei sein könnten. In Westkurdistan schaffen wir Hoffnung – es handelt sich hier um eine Revolution, die zeigt, dass man gemeinsam leben kann. Nach dem Modell Öcalans sollen AlawitInnen, SunnitInnen, ChristInnen frei zusammen leben. Auch für andere Länder des Mittleren Ostens ist das eine Möglichkeit der Entwicklung.

Wir erwarten von unseren westlichen FreundInnen und den hiesigen Staaten, dass westliche fortschrittliche Technologie im Mitteleren Osten für wirklich fortschrittliche Zwecke eingesetzt wird.

2011 begann der Aufstand in Syrien. Seitdem überlegen sämtliche Akteure, insbesondere die Türkei, wie sie Einfluss auf Damaskus nehmen und auch in Syrien möglichst weitgehend an die Macht kommen können. Noch im April 2011 unterzeichneten Syrien



v.l.n.r. Dr. Günter Seufert, Prof. Dr. Norman Paech, Edgar Auth, Selahattin Demirtas

und die Türkei ein Handelsabkommen. Es wird im Zusammenhang mit der Syrienkrise oft gefragt, wie die Völker zusammen leben könnten. Die türkische Regierung jedenfalls hat als Konzept, Nicht-Sunniten auszugrenzen. Ihre Syrien-Politik ist u.a. deshalb gescheitert. Wenn Ministerpräsident Erdogan Frieden mit und in Syrien will, muss er in der Türkei damit beginnen. Erst wenn die AKP die kurdische Identität in der Türkei nicht mehr unterdrückt, die Unterstützung salafistischer Banden in Syrien beendet und stattdessen die demokratische Opposition mit humanitären Mitteln unterstützt, können die KurdInnen in Syrien der AKP vertrauen. Hätte sich die türkische Regierung anders verhalten, wäre es nicht zu einer derartigen militärischen Zuspitzung in Syrien gekommen.

Die Innenpolitik und Außenpolitik der Türkei widersprechen sich in Bezug auf die KurdInnen: in der Türkei sind die Buchstaben des kurdischen Alphabets weiterhin verboten, die meisten Staatsbesuche hingegen fanden in den letzten Jahren im nordirakischen Südkurdistan statt. Die KurdInnen in der Türkei bestimmen mittlerweile selbst, in welch einer Gesellschaft und unter welchen Umständen sie leben wollen. Das schließt auch die Forderung nach muttersprachlichen Unterricht ein. Genauso unterstützen wir das Selbstbestimmungsrecht des syrischen Volkes. Die Forderungen und Bedürfnisse der kurdischen Bevölkerungsgruppen kann kein Nationalstaat erfüllen. Nationale Befreiung und Unabhängigkeit bedeutet für uns nicht die Gründung eines weiteren Nationalstaates. Eine dezentrale Selbstverwaltung hingegen schafft hierfür die Voraussetzungen.

Wir haben weitreichende politische und philosophische Forderungen. Deswegen hat unsere Kritik an der AKP-Regierung nichts mit der Kritik der Oppositionsparteien CHP und MHP gemein, die lediglich aus nationalistischen Gründen den Status Quo erhalten wollen. Die AKP betrachtet bereits die Entwaffnung der Guerilla als Lösung des Konflikts zwischen türkischem Staat und der kurdischen Bevölkerung. Mit etwas Weitblick ist jedoch offensichtlich, dass dies nicht ausreichen kann. Auf der Agenda steht zunächst ein Waffenstillstand und der Rückzug der Guerilla hinter die türkischen Staatsgrenzen – und darauf folgend viele weiter Schritte zum Frieden. Das ist ein langwieriger Prozess, der eine tiefe Transformation der Gesellschaft beinhaltet.

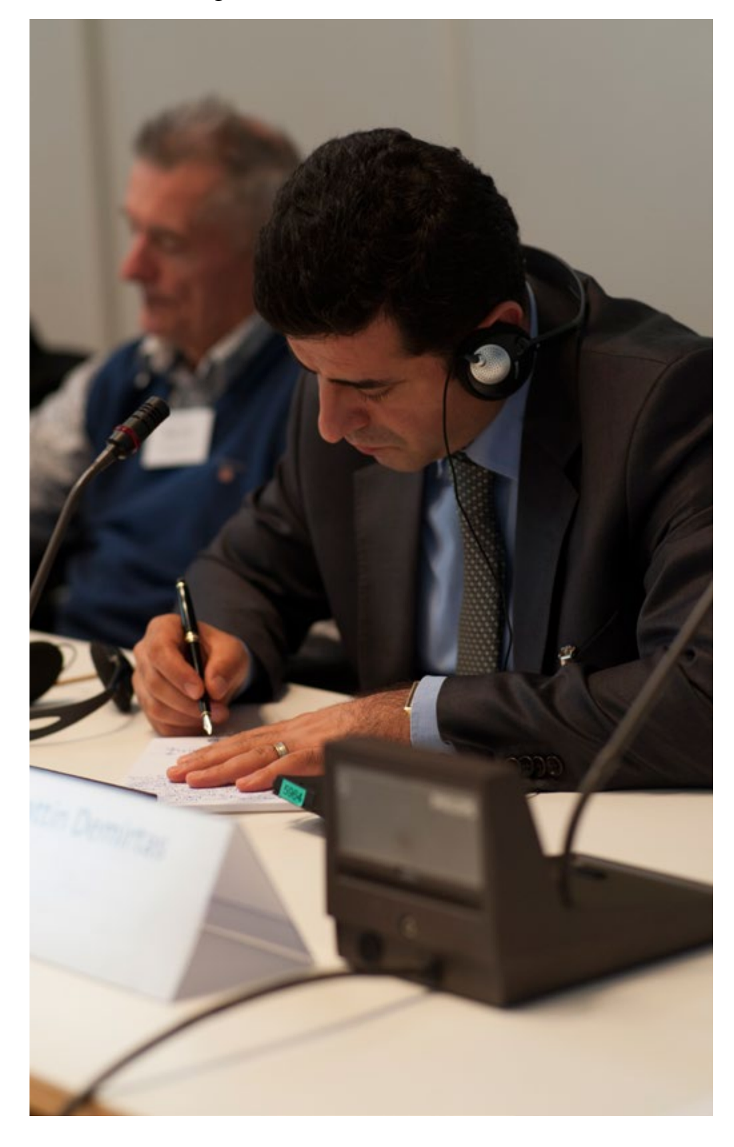
Der Prozess des Friedensdialogs befindet sich zurzeit in einer riskanten Phase - aber nichts ist so riskant wie der Krieg. Die türkischen Regierungen haben in den letzten Jahren acht Waffenstillstände gebrochen – wir haben jeweils daraus gelernt. Mittlerweile sind wir gut im Verhandeln, wir sind erfahren und werden nicht auf eine mögliche List der Regierung hereinfallen. Wir haben uns das Recht auf Verhandlungen erkämpft. Niemand muss sich davor fürchten, auch wenn es berechtigte Vorbehalte gegen Verhandlungen gibt. Der Beginn von Verhandlungen bedeutet jedoch nicht bereits auch den Erfolg der Verhandlungen. Die internationalen FreundInnen sollten die kurdische Bewegung bei ihren Anstrengungen um eine friedliche und demokratische Entwicklung unterstützen. Wir KurdInnen sind wie ein U-Boot, das 100 Jahre unter der Wasseroberfläche gelegen hat. Nun tauchen wir in voller Schönheit auf. Unsere Demokratievorstellungen und Modelle können für den gesamten Mittleren Osten ein gutes Beispiel für mögliche positive Entwicklungen sein.

Ergänzungen von Selahattin Demirtas auf der Pressekonfernez

Der Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Bewegung soll in drei Phasen stattfinden. Momentan befinden wir uns am Beginn des Anfangs der ersten Phase – eher in der Vorbereitung der ersten Phase. Nach dieser Vorbereitung wird Abdullah Öcalan die PKK zum Rückzug aufrufen. Momentan befinden wir uns in einem faktischen Stadium der Waffenruhe.

Die erste Phase ist der Rückzug der Guerilla.

Die zweite Phase ist die Verfassungsreform und Demokratisierungen.







Die dritte Phase ist die Waffenniederlegung und die Normalisierung – die Rückkehr der Guerilla in die Gesellschaft.

Und dann muss mit demokratischen Mitteln weiter am Friedensprozess gearbeitet werden.

Wir reden also über Vorkehrungen für den Friedensprozess. Die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens ist dabei das größte Problem. Die historischen Erfahrungen erschweren das. Die möglichen Lösungsschritte müssen nun mit Taten befördert werden. Deutschland muss dabei eine realistische Beziehung zur kurdischen Frage entwickeln - und auch eine konsistente Strategie.

Wir sind gezwungen, mit der Regierung Erdogan – mit dieser Regierung- Frieden zu schließen. Man kann sich seine Verhandlungspartner nicht immer aussuchen. Wir sind auf der Suche nach einem ehrenhaften Frieden. Selbstbewusstsein ist dabei ein zentrales Moment. Unser Selbstbewusstsein beruht auf der Kraft der Bevölkerung. Die Waffenniederlegung kommt erst am Ende des Prozesses. Etwas anderes zu proklamieren, wie das viele Medien und auch Akteure tun, ist verantwortungslos. Die türkische Regierung sieht lediglich den Rückzug und die Entwaffnung der Guerilla als Friedensprozess. Dieser Ansatz ist nicht richtig. Der Friedensprozess ist vielmehr ein langer Weg zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft.

Wir möchten, dass der Friedensprozess schnell vorankommt. Er muss zudem tief sein. Je länger er sich hinzieht, umso mehr Ansatzpunkte haben diejenigen Akteure, die ihn verhindern wollen. Wir beabsichtigen die Befreiung vom monokulturellen Nationalstaatsverständnis und die gemeinsame demokratische Selbstorganisierung sämtlicher Bevölkerungsgruppen.

Beitrag von Selahattin Demirtas auf dem Abschlusspodium

Ein neues Gesellschaftsmodell für den gesamten Mittleren Osten muss multiethnisch und multireligiös sein. Die Türkei hat seit 90 Jahren den Nachteil, dass sie beides nicht ist. Auch die TürkInnen können in diesem System nicht atmen. Unter den Augen der türkischen Regierung findet eine Revolution statt, die im Umbau der Gesellschaft, die im Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen besteht. Aber das rassistische, monoethnische Modell ist in der türkischen Gesellschaft tief verwurzelt, auch in der türkischen Linken. In Bezug auf Syrien hat dies zur Folge, dass die türkische Linke das Assad-Regime unterstützt! Diese Monokultur, diesen Nationalstaat konnten wir bisher nicht verändern, und es ist schwer, von einem Staat Veränderungen zu erwarten.

Wenn die Türkei nicht einmal die KurdInnen im eigenen Land anerkennt, wie soll sie dann ihre Außenpolitik verändern? Wie kann sie dann glaubwürdig sein? Viele Jahre wurden die KurdInnen im Mittleren Osten als Feinde der Türkei betrachtet. Dieses Denken versuchen wir nun gemeinsam mit unseren türkischen FreundInnen zu verändern. Der Mittlere Osten befindet sich im Wandel, der Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen, diese Revolution wird keiner Bevölkerungsgruppe schaden. Dies ist neue Erfahrung! Wir werden die Lebenslüge widerlegen, die besagt, dass die Feindschaft zwischen den Völkern seit 1000 Jahren besteht!

Beitrag von Prof. Dr. Norman Paech

Ich bin sehr skeptisch gegenüber der Politik R.T. Erdogans, wenn ich einschätzen soll, wie er auf das jüngste Waffenstillstands- und Friedensangebot von Abdullah Öcalan reagieren wird. Noch immer sind tausende von JournalistInnen, AnwältInnen, PolitikerInnen und MenschenrechtlerInnen im Rahmen der KCK-Verfahren inhaftiert. Die Türkei strebt nach einer hegemonialen Position in der Region und betreibt in Zusammenarbeit mit der NATO eine äußerst aggressive Politik gegenüber Syrien – insbesondere gegenüber den dortigen kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen. Was ich mich sehr verärgert, ist die bewusste Fehlinformation durch die bundesdeutsche und europäische Presse in Bezug auf die PKK und die kurdische Bewegung. Um nur ein Beispiel zu nennen: Seit den 1990er Jahren strebt die kurdische Bewegung keinen eigenen Staat mehr an – trotzdem sind entgegengesetzte Behauptungen noch immer in unzähligen Artikeln westlicher Medien zu finden.

Die Antwort auf die Frage, warum die AKP gerade jetzt auf das Angebot eines Friedensdialogs eingeht, das Abdullah Öcalan schon seit mehr als zehn Jahren kontinuierlich gemacht hat, ist meines Erachtens relativ leicht zu beantworten. Der Druck aus der türkischen Gesellschaft kann es nicht sein – denn eine solche Stimmung ist nicht vorherrschend. Machen die EU und die USA Druck auf die türkische Regierung, die Menschenrechte einzuhalten? Auch da habe ich Zweifel. Die NATO hat sich noch nie besonders um



die Menschenrechte der kurdischen Bevölkerung gekümmert. Auch im Rahmen des EU-Beitritts der Türkei werden die Menschenrechte nicht als zentrales Thema angesehen – bzw. kein politischer Druck ausgeübt, diese einzuhalten. Erst wenn das der Fall wäre, könnten wir wirklich optimistisch sein. Darüber hinaus wird die PKK in der europäischen Mainstreampresse weiterhin als terroristisch diffamiert. Der § 129b dient in Deutschland mittlerweile als Mittel zur strafrechtlichen Verfolgung von Kurden ähnlich wie die KCK-Verfahren in der Türkei.



Der Impuls für den Friedensdialog geht eher von dem Bürgerkrieg in Syrien aus. Die Stärke der KurdInnen und deren Selbstverwaltung in Syrien sind die hauptsächliche Ursache – zudem die Erkenntnis Erdogans, dass seine eigene Position momentan nur durch einen derartigen Friedensdialog gestärkt werden kann. Die KurdInnen in Syrien standen immer gegen die Regierung Assad. Mittlerweile hat Assad den KurdInnen die Staatsbürgerschaft angeboten – aber viele wollen sie gar nicht mehr – jedenfalls nicht unter den derzeitigen Umständen. Die KurdInnen haben demokratische Strukturen aufgebaut und streben eine Art föderalistischer Autonomie an. Ethnische Bevölkerungsgruppen haben ihre Autonomie bisher zumeist erhalten, nachdem der Staat mit Hilfe ausländischer Interventionen zerstört worden ist. Nehmen sie das Beispiel Nordirak – Südkurdistan. Auch in Bezug auf Syrien sprechen alle schon von dem Auseinanderfallen des souveränen Staates. Davon könnten die KurdInnen profitieren und ihre Autonomievorstellungen durchsetzen. Ich möchte allerdings nicht falsch verstanden werden, dass ich in Syrien eine Intervention der berüchtigten „Freunde Syriens" befürworte. Sie wäre genauso falsch und völkerrechtswidrig wie 2003 im Irak. Als Völkerrechtler denke ich, dass es möglich sein müsste, dass nicht erst die USA und die EU fremde Gesellschaften zerstören müssen, um die Rechte von Bevölkerungsgruppen durchzusetzen.

Die Türkei hat ein historisches Trauma – die Zerstörung des Osmanischen Reiches zu Beginn des 20. Jahrhunderts – und jede Autonomie, jeder Föderalismus trägt den Keim einer Sezession in sich. Beispiele für ähnliche Situationen in Gesellschaften gibt es auch in Europa. Nehmen sie Belgien oder Spanien, dessen staatliche Einheit durch das Baskenland und Katalonien gefährdet wird, obwohl sie über weitestgehende Selbstverwaltungsrechte verfügen, oder die Sezessionswünsche von Quebec in Kanada. All diese Probleme müssen gelöst werden, ohne die Souveränität der Bevölkerungen und der Staaten zu zerstören. Die KurdInnen sollten im Iran, im Irak, in Syrien und der Türkei als gleichberechtigte BürgerInnen mit gleichen Rechten anerkannt werden. Das Misstrauen gegen Selbstbestimmung und Gleichberechtigung muss endlich überwunden werden.

Im Irak hat der völkerrechtswidrige Krieg außer in den kurdischen Autonomiegebieten des Nordens eine zerstörte Gesellschaft hinterlassen. Die Versuche der USA, ein Protektorat wie bereits in Afghanistan aufzubauen, laufen auf die Etablierung eines weiteren Vasallenregimes hinaus. Die Marionetten der Macht sprechen in solchen Regionen meist ein hervorragendes amerikanisches Englisch. Die EU und die USA wissen momentan nicht, ob sie ihre Marionetten in Syrien durchsetzen können. U.a. das hat zu einer Irritation bei der Unterstützung der Aufständischen geführt. Was wir nicht vergessen dürfen, wirtschaftlich aber auch als Ort der Folter konnten die westlichen Mächte vorher stets gut mit dem Syrien Assads zusammenarbeiten. Aus all diesen Gründen und wegen des Widerstandes von Russland und China haben die EU und die USA die Türkei bei ihrem Vorhaben einer schnellen militärischen Intervention nicht unterstützt und zögern auch heute noch.

In der Bundesrepublik müssen wir unsere Regierung davon überzeugen, ihre Terrorstigmatisierung gegenüber der PKK und den KurdInnen zu überwinden. Die Selbstblockade einer vernünftigen Politik durch diese Terror-Stigmatisierung muss überwunden werden. Die PKK, Öcalan und die KurdInnen müssen als politisch gleichberechtigte Akteure auf gleicher Augenhöhe anerkannt werden. Das ist die entscheidende Voraussetzung für den Frieden.



Beitrag von Dr. Günter Seufert

In gewisser Weise ist unser Podium ja eine Fortsetzung des Vortrags von Frau Karabulut – und sicherlich hat sie bereits vieles davon ausgeführt was ich sagen wollte und sagen könnte. Bevor ich etwas über die konkreten Auswirkungen des Friedensprozesses in der Türkei auf Syrien sage, sollten wir uns noch einmal in Erinnerung rufen, wie groß, wie gewaltig die Aufgabe ist, die sich im Augenblick stellt. Und wie groß das Projekt ist, das in der Türkei aktuell diskutiert wird.

Immer wenn inden letzten hundert Jahren versucht worden ist, aus verschiedenen religiösen und sprachlichen Gruppen einen politischen Souverän zu formen, ging das schief. Das ging schief im Balkan, beim Zerfall Jugoslawiens, in Zypern, im Libanon, in der Türkei. Das ging schief in Syrien, und geht auch wahrscheinlich schief im Iran. Wir haben eine ganze Reihe von äußerst unterschiedlichen Modellen in der Region vom Balkan bis in den Nahen Osten. Wir haben das Modell eines Sozialismus mit der Anerkennung kultureller Unterschiede in Jugoslawien – und das hat nicht funktioniert. Wir haben das Model von Proporzsystemen für bestimmte ethnische oder religiöse Gruppen wie im Libanon oder wie auf Zypern. Das hat auch nicht funktioniert. Und wir haben das Modell eines autoritären, assimilierenden und auf Entwicklungspolitik setzenden Nationalstaates wie in Syrien und wie in der Türkei – und das hat auch nicht funktioniert.

Warum es bisher nirgends funktioniert hat, aus verschiedenen sprachlichen und religiösen Gruppen einen Souverän zu bilden, hat natürlich damit zu tun, dass in der historischen Entwicklung die Idee von Freiheit und von gleichen Rechten und dem Recht auf politische Partizipation aufs engste verflochten war mit der Herausbildung von Nationen. Es war die gemeinsame kulturelle Herkunft, die nationale Zusammengehörigkeit, die scheinbar das Recht begründet haben, politisch gleichwertig zu sein. Es war gleichzeitig die Idee und der Fakt, dass die Nation in vielen Teilen Europas aus der Religionsgruppe geboren wurde. Aus der Kirche im Balkan zum Beispiel und aus dem muslimischen Gemeinsamkeitsgefühl in der Türkei. Das bedingte jeweils, dass Menschen anderer Kultur, anderer Religion, nicht als gleichberechtigt anerkannt worden sind.

Das bedeutet, dass die Türkei und die kurdische Bewegung vor einer wahnsinnig großen historischen Aufgabe stehen. Und die Chancen, dass es dieses Mal gut geht sind meiner Meinung nach vor dem Hintergrund der Geschichte nicht besonders groß. Ich wünsche sehr, dass es funktioniert. Aber es sind sehr viele Fragen offen.

Ich möchte auch kurz auf die Syrienpolitik der Türkei eingehen. Denn der Friedensprozess in der Türkei hängt mit Syrien zusammen. Ich glaube Frau Karabulut hat schon angesprochen, dass Syrien für die neue Außenpolitik von Ahmet Davutoglu von ganz besonderer Bedeutung war. Syrien war für Davutoglu der Mittelpunkt der neuen Strategie der Verankerung der Türkei in der Region und dem Ziel, die Türkei zu einer regionalen Macht zu machen. Sein Mitarbeiter Bülent Aras hat geschrieben, dass Syrien der Kern der türkischen Nahostpolitik ist weil es letzten Endes der Schlüssel zur arabischen Welt ist. Wir wissen, dass Davutoglu in seinen frühen Jahren mit sehr romantischen Blickwinkel von der Schicksaalsgemeinschaft der Türken und Araber gesprochen hat. Recep Tayyip Erdogan hat davon gesprochen, dass man statt der visafreien Schengen-Zone der EU eine Schamgenzone der Visafreiheit mit Damaskus (Scham) als Zentrum schaffen sollte. Der türkische Wirtschaftsminister Caglayangil hat damals gesagt, dass man aus der Levante also Syrien, Jordanien und dem Libanon eine Zone des gemeinsamen Wohlstandes kreieren wolle. Auch hier sehen wir das Vorbild der Europäischen Union. Diese ursprüngliche Strategie der sogenannte Soft-Power und die freiwillige Anbindung dieser Länder der Levante an die Türkei ist gescheitert ist - spätetsens mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien.

Und was wir dann gesehen haben, war ein radikaler Strategiewechsel der Türkei, bei Beibehaltung des gleichen Ziels. Die Türkei war nicht bereit, den Einfluss



aufzugeben, den sie auf Syrien gewonnen hatte. Als sie sah, dass Assad nicht zu überzeugen war, hat die türkische Regierung von heute auf morgen im Prinzip sehr schnell und radikal auf die Unterstützung der Opposition gesetzt. Sie hat versucht, die Amerikaner, die Europäer, die Internationale Gemeinschaft von der Notwendigkeit der Bewaffnung der syrischen Opposition zu überzeugen. Sie hat für Flugverbotszonen geworben, sie hat für humanitäre Korridore geworben – und dafür, dass die Opposition als alleinige Vertreterin des syrischen Volkes anerkannt wird.

Hinter dieser Strategie stand natürlich die Vision, u.a. über die Anbindung Syriens Regionalmacht zu werden – aber eben auch ganz konkreter politischer Nutzen. Mit Syrien gab es schon zuvor eine ganze Reihe von Konflikten. Wir wissen, es geht um den Status der Provinz Hatay, es geht um die Teilung der Wasser von Euphrat und Tigris, es geht um Handelswege in die Golfstaaten, und es geht um die Aufrechterhaltung der Strategie den Kurden gegenüber. Die Türkei hat nicht nur auf internationalem Feld für eine Unterstützung der Opposition getrommelt, sie hat auch die Opposition nach Kräften selbst unterstützt. Und sie hat vor allen Dingen auch die Opposition dazu benutzt, die Kurden in Syrien, die eine eigene Selbstverwaltung aufbauen wollten, einzuschüchtern.

Meiner Meinung nach ist, was wir im Augenblick erleben, der Versuch, jetzt mit Öcalan zu verhandeln, mit der PKK zu verhandeln, ein erneuter Strategiewechsel. Das geht einher mit einer erneuten Vision, mit einer Vision, die Rücksicht darauf nehmen muss, wie rapide sich der Nahe Osten umgestaltet – und dass wir im Augenblick überhaupt nicht sehen können, wohin das führt. Heute Morgen hat Michael Lüders von der Gefahr gesprochen, dass Syrien zerfällt. Wir wissen, dass viele Leute von der Gefahr sprechen, dass der Irak zerfällt. Dass also der Staatszerfall, den wir von Jugoslawien, Zypern und dem Libanon kennen, weitergeht.

Die neuen Verhandlungen mit Öcalan sind der Versuch im Rahmen des Möglichen erneut eine Vision zu verfolgen, die die Türkei stärker macht. Aber jetzt nicht mehr primär über Syrien, sondern eben über die kurdisch besiedelten Gebiete des Irak und die kurdisch besiedelten Gebiete Syriens. Die Syrienpolitik der Türkei ist in den letzten zwei Jahren ja auch aus verschiedener Perspektive sehr stark kritisiert worden. Ein Kritikpunkt war, dass die ausschließliche Unterstützung der sunnitischen Gruppen, der Müslimbrüder, bis zur Unterstützung von Salafisten, was ich nicht nachprüfen kann, dazu beigetragen hätte, aus dem Bürgerkrieg in Syrien einen ethnischen Konflikt zu machen.

Die Türkei hätte zumindest nichts dafür getan, die anderen Gruppen für eine Opposition gegen Assad zu gewinnen – also Alawiten, Christen, Drusen. Dabei war es doch genau in der Rhetorik von Davutoglu, dass man die Identität der Türkei neudefiniert – dass man vom Nationalstaatsgedanken wegkommt, den Nationalstaat letzten Endes überwindet. Dass man davon wegkommt, dass alle Leute Türken sein müssen. Es hat den Assimilierungsprozess ja bisher nicht nur ethnisch und sprachlich gegeben, es hat ihn ja auch religiös gegeben, im Sinne eines unduldsamen Säkularismus. Was wir in der Türkei nach zehn Jahren AKP Regierung erleben ist ja praktisch, dass der ursprüngliche Entwurf des türkischen Staatsbürgers – als säkularer Türke – heute überwunden ist – und wir heute eigentlich eine muslimisch-türkische Nation haben, die mit ihrem Staat in relativem Frieden und in einem relativen Einklang lebt. Davutoglu hatte ja immer wieder betont, dass die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung in der Türkei unterschiedliche Identitäten haben. Es ist nicht so, dass die Kurdenpolitik der AKP ausschließlich autoritär war. Es gab eine ganze Reihe von kulturellen Reformen: die Einführung von Kurdisch als Wahlfach an Schulen, von Kurdischkursen und kurdischen Instituten an Universitäten, die Freiheit der kurdischen Sprache in der politischen Propaganda, in den Medien, etc.. Wir haben jedoch noch nicht wirklich eine politische Gleichheit aller unterschiedlichen Identitäten in der Türkei. Und insofern ist das, was jetzt ansteht ein Stück weit der Versuch, das Modell einer politisch Staatsbürgernation umzusetzen, in der alle die gleichen politischen Rechte haben. Frau





Karabulut hat von den großen Hoffnungen gesprochen, die sich damit verbinden. Nämlich dass es eine Demokratisierung des gesamten Nahen Osten gibt.

Dieser Prozess, der mehr Toleranz und Gleichheit verspricht, kann nur mit der Zustimmung der Beherrschten erfolgreich sein, das heißt, er muss von innenpolitischen Demokratisierungsprozessen begleitet sein. Gleichzeitig jedoch findet er statt in einer Periode des Staatszerfalls, einer Periode von militärischen Konflikten in Syrien, im Libanon, mit großer Wahrscheinlichkeit auch im Iran oder im Irak. Das macht mir Sorgen. Und wenn ich mir gleichzeitig bewusst bin, dass diese augenblickliche Öffnung ja auch Teil einer Strategie ist, eine große mächtige Türkei im Nahen Osten zu schaffen - dann bin ich mir nicht sicher, wie diese beiden widersprüchlichen Zielsetzungen gleichzeitig erreicht werden können.



v.l.n.r. Dr. Günter Seufert, Prof. Dr. Norman Paech, Edgar Auth, Selahattin Demirtas

Aber ich sehe auch, dass es eine Ausweitung der politischen und wirtschaftlichen Anbindungen des Nordirak, Südkurdistans, wenn sie wollen, oder Nordsyriens an die Türkei gibt. Ich befürchte jedoch, dass die Chancen für friedliche wirtschaftliche Anbindung dieser Regionen an die Türkei nur darüber, dass die Grenzen durchlässiger werden, in einer Zeit, in der in den Nachbarländern militärische Konflikte anstehen, nicht sehr groß ist.

Der Beitrag Deutschlands und der EU zur Friedensfindung und zur humanitären Notlage in Syrien

Martin Glasenapp – medico international

Dr. Jan van Aken – MdB, DIE LINKE

Carsten Stork – Arbeiter Samariter Bund ASB

Memo Şahin – Dialog Kreis

Beitrag von Martin Glasenapp

Was kann man in einem solchen Konflikt Richtiges tun? medico international ist eine Hilfsorganisation, die seit Anfang der 1980er Jahre an der Seite der KurdInnen stand. Eben wurde gesagt, dass eine kurdische Autonomie nur auf den Trümmern einer anderen Gesellschaft aufgebaut werden konnte. Das stimmt nur auf den ersten Blick und ist in Bezug auf die Türkei eine zweifelhafte Bewertung. Im Irak war es in jedem Fall so, dass das autoritäre Baath-Regime die kurdische Gesellschaft zerstören wollte. Und die Stichwörter sind bekannt: Anfal, die Militäroperationen der mindestens 180.000 Kurden zum Opfer fielen, dazu der Giftgasangriff auf die Stadt Halabja, mit deutscher Beihilfe vor 25 Jahren.

Das, was Südkurdistan geleistet hat, ist ein historischer Sieg. Auch die heutige Selbstverwaltung ist die Frucht eines Aufstands. Trotz aller Barbarisierung ist auch die Rebellion in Syrien noch immer auch ein sozialer Aufstand gegen ein despotisches Regime. In Tunesien, das in der arabischen Welt als Provinz gilt, begann der arabische Aufbruch. Auch in Syrien erschütterte die ländliche Provinz das Zentrum, das haben weder Damaskus noch Ankara für möglich gehalten.

Man muss auf die Bundesregierung einwirken, auch zukünftig keine Waffen zu liefern, sondern politische Schritte zu versuchen. Vielleicht muss auch das aktuelle Containment gegen Assad-Containment [In-Schach-Halten] überdacht werden, nicht um das Regime zu rehabilitieren, sondern um den Kreislauf der Gewalt zu

durchbrechen und der Bevölkerung eine Atempause zu verschaffen.
Hilfsorganisationen können insgesamt wenig tun. Wenn wir über Solidarität reden: Die größte Solidarität mit den Opfern des Bürgerkriegs leisten die SyrerInnen selbst. Es gibt vier Millionen Binnenflüchtlinge. Nachbarschaftskomitees und viele Freiwillige an der Basis des roten Halbmond leisten große Hilfe. Viele AktivistInnen der ersten Protestzeit demonstrieren nicht mehr, weil sie in Nachbarschaftkomitees Überlebenshilfe leisten. In Syrien herrscht nicht ein großer Krieg, es gibt unterschiedliche Zonen, die einen vielleicht vergleichbar mit „Mogadischu" oder Bosnien im Jugoslawienkrieg – in anderen ist es relativ friedlich. Medico arbeitet in den palästinen sischenFlüchtlingslagern von Damaskus und nach den Angriffen von radikalreligiösen Milizen, die aus der Türkei kamen, in Serê Kaniyê, mit Bürgerkomitees zusammen. Die Hilfe aus der Türkei wird politisch instrumentalisiert. Kurdische Parteien haben keine Erlaubnis zur Unterstützung bekommen, anders hingegen AKP-freundliche Organisationen. Kämpfer der FSA werden zur Behandlung in türkische Krankenhäuser gebracht, PYD-Mitglieder werden nicht ins Land gelassen. Die BDP versuchte zu intervenieren und bekam gesagt, alle Krankenhausbetten wären belegt. Die Flüchtlingslager müssten mehr finanzielle Unterstützung erhalten. Das größte Problem der SyrerInnen ist, dass das Land längst nicht mehr nur in den Händen der SyrerInnen ist.

Beitrag von Dr. Jan van Aken

Im Vergleich zum Jugoslawienkrieg erkennt die Bundesrepublik viel zu wenige Flüchtlinge aus Syrien an. Sie ignoriert einfach die humanitäre Katastrophe, die dort derzeit stattfindet.
Zudem sollten die Waffenexporte der Bundesrepublik sofort eingestellt werden. Die Waffen gelangen



direkt oder indirekt in Krisenregionen, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Die Linke steht als Antikriegspartei für eine politische, friedliche Lösung in Syrien. Gemäß Völkerrecht darf Russland Waffen an die Regierung Assad verkaufen. Wir finden diese Lieferungen falsch, aber illegal sind sie nicht. Nur Lieferungen an die Rebellen, z.B. aus Katar oder Saudi Arabien, sind heute schon völkerrechtswidrig. Wir fordern, dass sämtliche Waffenexporte in die Region sofort eingestellt werden.
Als ehemaliger Biowaffeninspekteur der Vereinten Nationen möchte ich noch Folgendes sagen. Immer wieder wird in Auseinandersetzungen, wie sie derzeit in Syrien stattfinden, von den gegnerischen Akteuren der Vorwurf gemacht, dass Chemiewaffen eingesetzt worden seien. Die Regierung Assad hat im Fall einer ausländischen Intervention mit dem Einsatz von Chemiewaffen gedroht, jedoch bekundet,



v.l.n.r. Dr. Jan van Aken, Martin Glasenapp, Gisela Penteker, Carsten Stork, Memo Şahin



dass sie diese niemals gegen die Zivilbevölkerung einsetzen wird. Auch den Rebellen wird nachgesagt, dass sie im Besitz von Chemiewaffen sind.

Jeweils gegenseitig wird sich nun in mehreren Fällen in Syrien der Einsatz dieser verbotenen Waffen vorgeworfen. Assad hat die UN-Inspekteure eingeladen, das zu untersuchen. Mittlerweile haben englische Spezialisten angeblich in Bodenproben aus Syrien bereits Hinweise für Chemiewaffen gefunden. Ich halte ein solches Vorgehen für sehr gefährlich und verantwortungslos. Das ist völlig illegitim und schwächt die Glaubwürdigkeit jeder ernsthaften Untersuchung durch die zuständigen Inspekteure. Ich traue den Engländern diesbezüglich keinen Millimeter. Bereits 2002 hatten sie Saddam Hussein fälschlicher Weise den Besitz von Biowaffen unterstellt. Das hatte mit zum Irakkrieg beigetragen.

Beitrag von Carsten Stork

Wir waren vorher bereits mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes als Hilfsorganisation im Nordirak. Mittlerweile versuchen wir, den Flüchtlingen in Syrien zu helfen. Dabei werden wir ebenfalls vom Auswärtigen Amt unterstützt. Aufgrund der verheerenden Sicherheitslage ist es nicht leicht, den Flüchtlingen zu helfen. Der Zugang zu den Flüchtlingen ist aufgrund mangelnder Kontakte ebenfalls schwer.

In der öffentlichen Wahrnehmung kommt die humanitäre Katastrophe aufgrund der Konzentration auf das Politische viel zu kurz. Die Spendenbereitschaft der Deutschen ist zudem wegen der Unübersichtlichkeit des Konflikts nicht sehr groß. Die syrische Regierung hat lediglich die UN und 10 weiteren Organisationen anerkannt. Wir sind leider nicht darunter und arbeiten daher unter erschwerten Bedingungen. Im Zentrum unserer Arbeit steht der Schutz der Menschen.

Beitrag von Memo Şahin

Die Überschrift und der Titel für diese Podiumsdiskussion lautet: Der Beitrag Deutschlands und der EU zur Friedensfindung und zur humanitären Notlage in Syrien.Wenn wir die beiden Punkte näher betrachten, werden wir sehen, dass die EU und Deutschland in beiden Punkten und Fragestellungen versagt haben und sitzen geblieben sind.

Fakt ist:

- dass im Bürgerkrieg in Syrien innerhalb von zwei Jahren über 70.000 Menschen umgebracht worden sind,
- dass über 1 Million Menschen aus ihren Siedlungen, Städten und Dörfern ins benachbarte Ausland fliehen mussten und über 3 Millionen Menschen Binnenflüchtlinge geworden sind.

Fakt ist auch, dass Städte, ja sogar ein ganzes Land in Schutt und Asche gelegt worden ist.

Es herrscht Krieg im ganzen Land und davon sind über 20 Millionen Menschen betroffen.

Aus den anfänglich friedlichen Protesten gegen die Baath-Diktatur ist innerhalb von zwei Jahren ein „Konfessionskrieg“ zwischen der schiitischen und sunnitischen Allianz geworden. Fakt ist auch, dass in Syrien unterschiedliche ethnische und religiöse Völker leben. Es sind moslemische, alawitische und christliche Araber und yezidische und moslemische Kurden; es sind christliche Armenier und Aramäer; es sind Drusen und Andere.

In einem Land, in dem Islamisten, Djihadisten, Salafisten, Al-Kaida-Kämpfer aus vielen islamischen Ländern ihre Zelte aufgeschlagen haben und Oberhand gewinnen, wird es keinen Platz mehr für andere ethnische und religiöse Minderheiten geben. Wenn sie einmal an der Macht sind, haben andere ethnische und religiöse Gesellschaften und Minderheiten keine





Zukunft mehr. Sie sind ausgeliefert in die Hände ihrer Henker. Massenhinrichtungen, Massaker und Plünderungen werden folgen. Nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker haben etwa 200.000 Christen das Land bereits verlassen.

Die Unterstützung seitens der EU und der Freunde Syriens für die Aufständischen macht genau diese fanatisch-islamischen Kräfte hof- und salonfähig, ermutigt sie zu weiteren Verbrechen. Der Westen muss sich entscheiden. Will er tatsächlich die Schaffung eines islamistischen Gürtels von Westafrika bis Pakistan unterstützen, in dem es keinen Platz für Christen und ethnische Minderheiten gibt? Während einige Staaten der EU die islamistischen Kräfte in Mali bekämpfen, unterstützen dieselben Staaten paradoxerweise die islamistischen Kräfte in Syrien.

Diese islamistischen Kräfte werden von Saudi Arabien, Katar und der Türkei mit Waffen aller Art und mit Unmengen von Geldern unterstützt. Die Türkei beherbergt Teile der syrischen Opposition, der Al-Kaida und Salafisten. Sie mobilisiert sie, bildet sie militärisch aus, rüstet sie aus und schleust sie in Syrien ein, damit einige von ihnen gegen die Kurden kämpfen.

Dieser zerstörerische Krieg muss gestoppt und beendet werden. Es muss eine politische Lösung unter Beteiligung aller Gruppen erreicht werden. Die EU und Deutschland müssen hierzu eine Initiative starten und offen für ein föderales und demokratisches Syrien eintreten.Bei einer solchen Zielsetzung haben die von Deutschland in die Türkei gelieferten Patriot-Raketen keinen Platz.

Die kurdischen Parteien haben sich in dem Vernichtungskrieg zwischen dem Regime und der Opposition unparteiisch verhalten. Sie haben also weder gegen das Regime gekämpft noch Damaskus unterstützt. Sie haben sich stets gegen die Angreifer, egal ob sie dem Regime oder der Opposition angehören, verteidigt.Wenn Deutschland und EU tatsächlich möchten, dass der Nahe Osten sich demokratisiert und säkulare Verhältnisse und Staatenbildungen Oberhand gewinnen, müssen sie den Kampf der Kurden mit dem der anderen Völker in der Region vergleichen, den Anteil der sich im Kampf befindenden Frauen vor Augen führen.

Die Beziehungen der Kurden mit den Minderheiten in Kurdistan, der Umgang und Unterstützung dieser, ist eine Messlatte für die ganze Region. Wenn man die in West-Kurdistan, in den kurdischen Gebieten in Syrien aus allen ethnisch-religiösen Minderheiten gebildeten Kommunalräte betrachtet, ist unübersehbar, dass die Kurden bereit sind, auch die Macht mit Völkern, mit denen sie zusammenleben, zu teilen.

Während in anderen Teilen Syriens die sogenannten revolutionären Kräfte eine Anfall-Offensive betreiben, d.h. alles in den befreiten Gebieten plündern und sich daran bereichern, werden diese in den kurdischen Gebieten als Volksvermögen geschützt. Weder Fabriken und Werkstätten noch staatliche Betriebe und Ämter werden geplündert.

Deutschland und EU müssen ihre zögerliche, reservierte und ablehnende Haltung gegenüber den Kurden in Syrien dringend ändern und sie als Partner für ein demokratisches und säkulares Syrien anerkennen.

Deutschland und die EU müssen die Türkei daran hindern und nicht zulassen, dass die islamistischen Kräfte in die kurdischen Gebiete zur Durchführung von Massakern, Zerstörung und Plünderung eingeschleust werden.

Seit Ende März werden die kurdischen Viertel von Aleppo vom Assad-Regime bombardiert. Infolgedessen mussten binnen drei Wochen über 250.000 Kurden aus Aleppo in die benachbarte kurdische Stadt Afrin fliehen. Spätestens im Nato-Verteidigungsfall könnte die Türkei versucht sein, eine „Sicherheits- und Pufferzone" im syrischen Grenzland einzurichten - angeblich zum Schutz der syrischen Kriegsflüchtlinge. Zufälligerweise würde diese Sicherheitszone die Siedlungsgebiete der kurdischen Syrer einschließen, die gerade damit beschäftigt sind, dort eine autonome kurdische Zone unter Anleitung der kurdischen Parteien zu gründen.

In Syrien findet eine menschliche Tragödie statt. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Ein Teil von ihnen





versucht, sich in den kurdischen Regionen im Norden am Leben zu halten. Was in Syrien gebraucht wird, sind nicht Patriot-Raketen sondern Babynahrung, Heizmaterial und Brot. Rund drei Viertel der etwa 3 Millionen Flüchtlinge, die sich noch in Syrien selbst aufhalten, sind Frauen und Kinder. Es gibt vielerorts nicht mehr genug Nahrungsmittel, um alle Zivilisten ausreichend zu ernähren. Außerdem sind nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker 57 Prozent der staatlichen Krankenhäuser teilweise zerstört, 36 Prozent sind nicht mehr betriebsfähig.

Der ARD-Hörfunkreporter Martin Durm erklärte nach einer Syrien-Reise: „Es fehlen Schmerzmittel, es fehlen Antibiotika, es fehlt ganz normales Verbandsmaterial, um Leid zu lindern. Humanitäre Hilfe kommt aus Saudi-Arabien und wird von radikalen islamischen Milizen verteilt. Sie können sich sicherlich vorstellen, mit wem dann am Ende diese leidenden Menschen im Kriegsgebiet sympathisieren werden. Nicht mit dem Westen, der sie so jämmerlich im Stich lässt, sondern mit den Islamisten. Der Westen wird dann am Ende sagen, die Bevölkerung ist radikalisiert. Mit der wollen wir nichts mehr zu tun haben. Aber dass er selbst durch seine schamlose Passivität sie in die Arme der Islamisten getrieben hat, wird dann sicherlich verschwiegen werden bei der nächsten EU-Außenministerkonferenz.“

Aus Durms Sicht könnte der Westen wenigstens Transporte mit humanitärer Hilfe an die türkisch-syrische Grenze organisieren. Von dort würde diese nach Aleppo weitergeleitet. „Es ist das, denke ich, in Absprache mit der Türkei machbar und sollte auch versucht werden. Ich will hier kein politischer Ratgeber sein, aber das ist die Frage, die sich für uns unmittelbar gestellt hat.“ (APA, 7.4.2013)

Die Grenzübergänge sind zum größten Teil geschlossen. Die Türkei musste in Nusaybin und Kobani die Grenzübergänge nach heftigen Protesten der kurdischen Bevölkerung öffnen.

Schlusswort

Prof. Dr. Andreas Buro

Eine friedliche Lösung der kurdischen Frage in Syrien und den weiteren Ländern ist eine Herkulesaufgabe. Gerade wenn wir die Rahmenbedingungen und die internationale Konstellation betrachten. Es gab noch nie ein humanitäres Kriegsprojekt. Die Entwicklungspolitik ist immer sehr positiv besetzt gewesen – aber es ging dabei eigentlich immer hauptsächlich um das Durchsetzen eigener Interessen. Humanitäre Hilfe hat doch auch immer ein politisches Ziel.

Es ist sehr notwendig zu sehen, dass wir in der globalen Politik zurzeit mit rigorosen Umgestaltungsbewegungen konfrontiert sind. In diesem Kampf werden derzeit in Europa und den USA auch immer weitergehend demokratische Errungenschaften abgebaut. Was könnte aus dieser Friedenskonferenz entstehen

– was ist ihr Ergebnis? Bemühungen um Dialoge – das ist unabdingbar. Ob es gelingt, dass die Türkei die berechtigten Forderungen der KurdInnen anerkennt und deren legitime Rechte durchgesetzt werden können, ist fraglich. Es ist wohl notwendig, dass wir gemeinsam mit den Friedensbewegungen hier eine Kampagne gegen Waffenexporte durchführen. Al Qaida-nahe Terroristen, die in Syrien kämpfen, werden von Saudi Arabien und Katar unterstützt. Die EU und die BRD tragen diesbezüglich eine Verantwortung, da sie kontinuierlich Waffen an diese Staaten liefern.

Wenn wir aber ernsthaft über Terrorismus sprechen, sollte man über andere Gruppen sprechen als über die KurdInnen. Den Begriff Terrorismus für ein Volk zu verwenden, das jahrhundertelang mit Assimilation

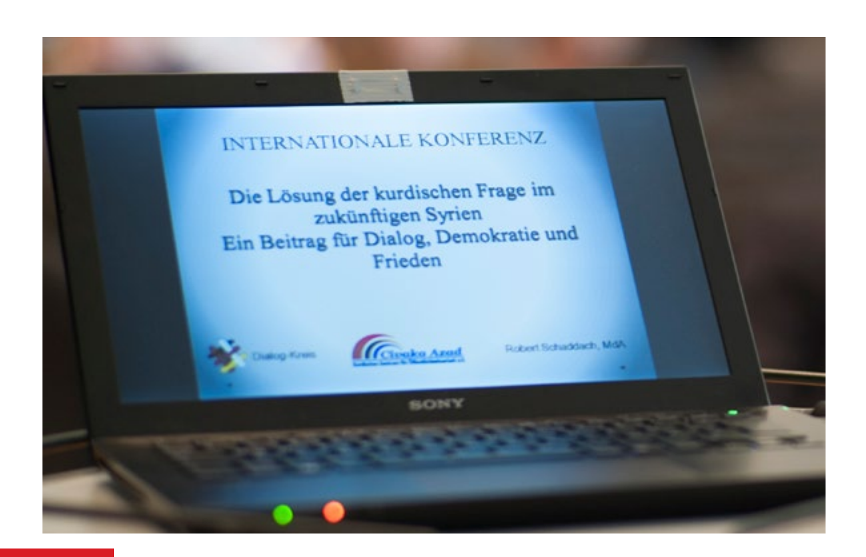


und Vernichtung konfrontiert wurde, wie das bei den KurdInnen der Fall ist, ist absurd. Ich schließe mich der Meinung von Prof. Dr. Norman Paech an. Es ist notwendig, dass diese Logik der Kriminalisierung und Terrorstigmatisierung der KurdInnen in der Bundesrepublik und überall überwunden wird, um einen Friedensprozess in Kurdistan möglich zu machen und im Idealfall zu fördern.

Forderungen aus der Konferenz

Im Folgenden werden die Forderungen wiedergegeben, die sich aus den Beiträgen und Diskussionen der Konferenz ableiten

- Die internationalen Mächte müssen jegliche militärische Intervention sowie die infrastrukturelle und direkte Unterstützung von salafistischen und islamistischen Kräften in Syrien unterlassen
- Es muss Abstand genommen werden von polarisierender und ausgrenzender Politik, die Zündstoff für neue ethnische und konfessionelle Kriege liefert und verhindert, dass sich eine an demokratischen Prinzipien orientierte Opposition formiert
- Es darf nicht zugelassen werden, dass auf Kosten der syrischen Bevölkerung Stellvertreterkriege geführt werden
- Es gibt vier Millionen Binnenflüchtlinge, davon befinden sich über 700.000 in den kurdischen Städten im Norden Syriens. Die Flüchtlingslager müssten mehr humanitäre Unterstützung erhalten. Es müssen Rahmenbedingungen für die elementare Grundversorgung der Flüchtlinge geschaffen werden.
- Sämtliche Waffenlieferungen nach Syrien müssen sofort eingestellt werden
- Statt Akteure im Exil zu unterstützen, die keine relevante Basis haben, muss der Dialog der unterschiedlichen Ethnien und Religionsgruppen in Syrien so gefördert werden, dass die in Syrien lebenden Gruppen daran beteiligt werden
- Die Anerkennung von Exilkräften als Regierung Syriens ist kontraproduktiv
- Sämtliche Gruppierungen müssen in Syrien in den demokratischen Prozess einbezogen werden – ähnlich wie in der demokratischen Selbstverwaltung Westkurdistans
- Die Demokratisierung Syriens kann nur ein Prozess der Bevölkerung des Landes sein
- Verhandlungen zur Demokratisierung Syriens müssen auch international gefördert werden
- Die demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen in den kurdischen Provinzen des Landes müssen regional und international anerkannt und unterstützt werden
- Auch in die kurdischen Provinzen Syriens müssen medizinische Hilfsmittel, Medikamente und Nahrung geliefert werden
- Es muss politischer Druck auf die türkische Regierung ausgeübt werden, die Menschenrechte einzuhalten und die Demokratisierung des Landes zu ermöglichen – dazu gehört die verfassungsmäßige Garantie der legitimen Rechte der KurdInnen und sämtlicher ethnischer sowie religiöser Minderheiten
- Die Kriminalisierung der KurdInnen in Europa und der Bundesrepublik muss sofort beendet werden, um den Friedensprozess in der Türkei zu unterstützen
- Nur durch die Anerkennung der kurdischen Akteure kann ein Dialog ermöglicht werden – das heißt u.a.: Aufhebung des PKK-Verbots, Abschaffung des § 129 b, Unterstützung der Anerkennung der kurdischen Identität
- Unterstützung der in der Türkei zwischen dem türkischen Staat und der PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan eingeleiteten Phase der Demokratischen Lösung. Ein Erfolg dieser Phase wird sich produktiv und modellhaft auf Syrien auswirken



IMPRESSUM

Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a.M.

E-Mail: info[at]civaka-azad.org
Telefon: 069/84772084
Mobil: 01573/8485818
http://civaka-azad.org/

Fotos sofern nicht anders angegeben von Marek Iwicki